

Demographischer Wandel, in erster Linie bedingt durch konstant niedrige Geburtenraten, ergänzt durch gleichfalls konstant ansteigende Lebenserwartungen, führt zu Überalterung, oder besser, zu »Unterjüngung« und schrumpfender Gesellschaft. Tritt eine niedrige Geburtenrate, die deutlich unter dem Reproduktionsniveau von 2,1 Kindern pro Frau liegt – wie in Deutschland mit 1,4 also etwa 30 Prozent unter dieser Marge – nur ganz vereinzelt, also in ganz wenigen Geburtsjahrgängen auf, mögen die Folgen wenig dramatisch sein und kaum Anlass zur Sorge geben. Hält sich dagegen die Geburtenrate, ergänzt, wie gesagt, um Anstiege der Lebenserwartungen, über mehrere Jahrzehnte auf diesem niedrigen Stand, werden irreversible Folgen mit »zunehmender Wucht« (Kaufmann) ausgelöst, die selbst durch Migration, also durch Einwanderung, nur noch marginal beeinflusst werden können, obwohl dennoch ein gravierender Anstieg von Einwanderung als notwendige Folge des Geburtenrückganges erreicht werden muss. Die Bundesrepublik Deutschland befindet sich unausweichlich in dieser bedrohlichen Lage, von der alle Politikfelder berührt werden, wobei diese Formulierung genau so euphemistisch ist, wie die Bezeichnung »demographischer Wandel«. Das gesamte System der Sozial- und Gesundheitsversicherungen ist in seiner jetzigen Anlage diesem Wandel nicht gewachsen, aber auch die Wirtschaftsentwicklung, der Städtebau, das Bildungswesen werden in massiver Weise von diesem Vorgang der schrumpfenden Gesellschaft erfasst werden¹.

Nun gehört die Kulturpolitik nicht, wie z.B. Wirtschafts-, Sozial-, Gesundheitspolitik, Stadtentwicklung oder Bildungspolitik, zu den zentralen, großen Politikfeldern, deren Leistungssysteme – Alters- und Gesundheitsversorgung, Wohnungsbau, Verkehr und Flächennutzung oder das Schulwesen – in ihren gegenwärtigen Funktionsweisen durch den demographischen Wandel einer schrumpfenden Gesellschaft fundamental in Frage gestellt werden. Dennoch wird auch die Kulturpolitik von diesem Wandel erfasst, von dem behauptet wird, dass im Vergleich zu seinen Folgen die des Klimawandels oder der Auflösung des osteuropäischen Kommunismus

eher harmlose Vorgänge sein könnten, zumindest für die unmittelbar betroffenen Gesellschaften, also die meisten europäischen oder hoch entwickelten Industriegesellschaften. Als eher milde Folge des demographischen Wandels wird sich die Nachfrage nach kulturellen Angeboten auf höhere Altersgruppen verlagern. Allerdings könnten einige Einrichtungstypen in naher Zukunft Nachwuchsprobleme bei ihrem Publikum bekommen. Zum ändern werden – teilweise höchst ambivalente und schon deutlich weniger harmlose – Steuerungsanforderungen an die Kulturpolitik gestellt.

Für die Nachfrageseite² – wie insgesamt für die Bewältigung des demographischen Wandels – ist zumindest mittelfristig, also etwa bis zum Jahr 2030 weniger die absolute Bevölkerungszahl von Bedeutung als vielmehr die Bevölkerungszusammensetzung mit einem Anteil von mindestens 35 Prozent Über-60-jähriger, obwohl auch der erwartete absolute Bevölkerungsrückgang bereits zu sterbenden Städten und deren bekannten Problemen führen wird. Der Altersdurchschnitt des Kulturpublikums, der auch jetzt leicht über dem der Gesamtbevölkerung liegt, wird sich mit diesem weiter nach oben, in höhere Altersgruppen verschieben. Besonders spürbar wird dies im Bereich der kulturellen Bildung werden, die bislang eher auf Kinder, Jugendliche oder jüngere Erwachsene orientiert war, in Zukunft aber zu einem Feld auch der Älteren, der neuen »jungen Alten« werden wird, vor allem wenn sich das Selbstbild der Alten, vor allem der jüngeren Alten von eher marginaler oder zurückgezogener Existenz zu aktiver Teilnahme verschiebt, wie es sich ja jetzt bereits deutlich abzeichnet. Zwar werden Umfang und Form solcher Aktivitäten von Rahmenbedingungen wie der Einkommensentwicklung im Alter und der weiteren Anhebung oder Flexibilisierung des Renteneintrittsalters abhängig sein, es ist aber wohl doch damit zu rechnen, dass im gesamten Bereich der Bildung – und beruflichen Weiterbildung – die Älteren, vor allem also die »jungen Alten«, zunehmend präsent sein werden. Da sich aber insgesamt die Einkommenssituation der Älteren nicht verbessern, sondern eher verschlechtern, vor allem in wachsender Ungleichheit polarisieren wird, könnten sich neue Se-

1 Ausführlich hierzu Franz-Xaver Kaufmann, *Schrumpfende Gesellschaft. Vom Bevölkerungsrückgang und seinen Folgen*, Frankfurt am Main 2005.

2 Mit dieser Seite des demographischen Wandels und seinen Folgen für Kulturpolitik befassen sich z.B. Wolfgang Hippe u. Norbert Sievers, *Kultur und Alter. Kulturangebote im demographischen Wandel*, hrsg. vom NRW Kultursekretariat Wuppertal, Essen 2006.

Dr. Albrecht Göschel war Soziologe und Projektleiter am Deutschen Institut für Urbanistik (difu) in Berlin.



lektivitäten im Kulturleben einstellen, die in Konzepten einer »Kultur für Alle« gerade überwunden werden sollten. Dass darüber hinaus jüngere Nutzergruppen verdrängt werden, so dass den Kultureinrichtungen langfristig die Besucher ausgehen könnten, wird zurzeit zumindest für möglich gehalten. Vor allem aber ist damit zu rechnen, dass sich bei steigender so genannter »Altenlast«, also der Belastung, die aus dem quantitativen Anstieg der Alten resultiert, keine Verbesserungen, sondern eher Verschlechterungen in deren Versorgung durch öffentliche Einrichtungen einstellen werden, so dass sich unterschiedliche Einkommenslagen noch direkter niederschlagen, als in Zeiten eines umfassenden, funktionierenden Sozialstaates. Die Pluralisierung und Ungleichheit, die insgesamt zunehmen, werden besonders bei den älteren Bevölkerungsgruppen wachsen und pauschale Angaben über deren Lebensstile erschweren.

Kaum absehbar sind die Folgen des steigenden Altersdurchschnittes für die Kultur- und Kunstentwicklung, als deren Motor permanente Umbrüche und Paradigmenwechsel auslösende Kreativität und Innovation gelten. Diese seien aber, so die gewohnte Vorstellung, an Jugend, an jüngeres Lebensalter gebunden. Verliert also eine alternde Gesellschaft in zentralen kulturellen – und ökonomischen – Bereichen ihre Produktivität, oder dehnt sich einerseits der Lebensabschnitt Jugend in der einzelnen Biographie weiter aus, findet andererseits eine Entkoppelung von Produktivität und bestimmtem Lebensalter statt, wie manchmal vermutet wird. Jugendforscher gehen davon aus, dass sich zwar einerseits Kindheit gegenwärtig erheblich verkürzt, dass sich dagegen aber Jugend, also die Phase von der Pubertät bis zum Eintritt in das Berufsleben oder zur Familiengründung, von ganz wenigen Jahren in frühindustriellen und einem völligen Fehlen in agrarischen Gesellschaften auf mindestens zwei Jahrzehnte verlängert, vom Beginn des zweiten bis zum Beginn des vierten Lebensjahrzehntes. Möglicherweise verändern sich im Zuge der gesellschaftlichen Alterung aber auch die Vorstellungen von Kreativität, von kultureller Produktivität, die ja selbst kulturelle Konstrukte sein könnten. Bereits an diesem einen Punkt wird deutlich, dass weniger die Quantität als die Qualität einer Bevölkerung, das so genannte Humanvermögen oder Humankapital, entscheidend sein dürfte.

Angesichts einer Minderheitensituation, in die die Jugend gegenüber dem Alter gerät, könnte sich all das verändern, was als Peergroup- oder Jugendkultur in den letzten Jahren die Jugendforschung,

Jugendkulturstudien, die Mode- und Musikwelt geprägt hat. Es wäre sowohl denkbar, dass Jugend enger in die quantitativ dominierende Erwachsenenwelt integriert wird, als auch, dass massive Generationenkonflikte die Zukunft bestimmen. Vielleicht ist sogar beides gleichzeitig und nebeneinander denkbar, spannungsgeladene Beziehungen z.B. zwischen den vielen älteren Deutschen und Jugendkulturen von Migranten einerseits, hoch integrierte, auf Karriere orientierte »einheimische« Jugendliche andererseits.

Zweifelloos wird im Zuge des demographischen Wandels nicht nur der Altersdurchschnitt der Bevölkerung ansteigen. Ungleichheit und Heterogenität werden gleichfalls zunehmen, ein Vorgang, der mit dem Slogan, »wir werden weniger, älter und bunter«, eher verharmlost als angemessen beschrieben ist. In Gesellschaften aber, die von Heterogenität in Verbindung mit Ungleichheit geprägt sind, tendiert das so genannte »Kulturleben«, also der gesamte Bereich symbolischer Produktion und Konsumtion dazu, eben diese Unterschiede zu fixieren und zum Ausdruck zu bringen. Die Distinktionsfunktion von Kultur gewinnt an Bedeutung und unterstützt die Formierung hermetischer, kulturell definierter Schichten und Milieus, für eine plurale Gesellschaft ein durchaus nicht ungefährlicher Vorgang. An die

Es wäre sowohl denkbar, dass Jugend enger in die quantitativ dominierende Erwachsenenwelt integriert wird, als auch, dass massive Generationenkonflikte die Zukunft bestimmen.

Stelle einer kritischen, eigene Positionen und Vorstellungen transzendierenden Funktion, die immer wieder für die Kunst postuliert wird³, kann ihr affirmatives Potential zur Definition und Rechtfertigung von Ungleichheit aktualisiert werden.

Diese Distinktionsfunktion zur Konstruktion kultureller Identitäten wird im Zuge des demographischen Wandels auch als Steuerungsleistung in der Kulturpolitik relevant und politisch gezielt eingesetzt. In einer schrumpfenden Gesellschaft entsteht unweigerlich ein scharfer Wettbewerb, eine Konkurrenz von Städten und Regionen um die entscheidende Ressource zur Sicherung wirtschaftlicher Stabilität, um gut qualifizierte, junge, vorwiegend deutsche Einwohner. Da die Sicherung dieser Bevölkerungsbasis über familienpolitische Maßnahmen nur außerordentlich langfristig wirksam werden und da Kulturpolitik in keiner von ihr geförderten Einrichtungen gravierenden und nachhaltigen Einfluss auf einen Anstieg der Geburtenrate erreichen kann, da also Kulturpolitik familien- und bevölkerungspolitisch eher irrelevant sein dürfte, kann ihr potentieller Beitrag zur punktuellen Lösung des Demographieproblems und vor allem ihr Beitrag zur Schließung regionaler Humankapitallücken nur in

3 Eine solche Transzendierung eigener kultureller Identität durch Kunst als Voraussetzung für gesellschaftliche Toleranz und Kooperation – im Sinne ästhetischer Theorie von Kant bis Adorno – fordert z.B. Julian Nida-Rümelin, Kulturelle Integration als Leitkultur, in: ders., Humanismus als Leitkultur. Ein Perspektivenwechsel, München 2006, S. 133–143, hier S. 143.

4 Zur Kritik derartiger kollektiver Identität s. z.B. Lutz Niethammer, Kollektive Identität. Heimliche Quellen einer unheimlichen Konjunktur, Reinbek bei Hamburg 2000; zur Auflösung universalistischer Normen staatlicher Politik im Zuge einer Rekonstruktion solcher regionaler kollektiver Identitäten vor allem Ralf Dahrendorf, Über den Bürgerstatus, in: Bert van den Brink u. Willem van Reijen (Hg.), Bürgergesellschaft und Demokratie, Frankfurt am Main 1995, S. 29–43; Julian Nida-Rümelin, Demokratie und Wahrheit, München 2006.

der Steuerung von Wanderung liegen. Bei der Entwicklung von Standortqualitäten, die den Zuzug der gewünschten Bevölkerungsgruppen stimulieren, wird der Kulturpolitik bereits gegenwärtig, und vermutlich verstärkt in der Zukunft ein zentraler Beitrag zugeschrieben. Wanderungsrelevante Standortfaktoren können einerseits in kulturellen Ausstattungsstandards bestehen, werden sich aber vorrangig in kulturellen Profilen manifestieren, die nicht imitiert werden können, zu denen Kulturpolitik aber beitragen soll.

So entsteht bereits gegenwärtig eine regionale Konkurrenz um Wachstum und vor allem um Einwohner, die mit Hilfe von kultureller Identität ausgetragen wird. Regionale Gefälle haben innerhalb der Bundesrepublik Deutschland bereits in den letzten Jahren erheblich zugenommen und werden weiter wachsen. Unterstützt durch Kulturpolitik versuchen sich Städte als Kulturstädte, Regionen als Kulturregionen zu qualifizieren, um uneinholbare, auf Besonderheit basierende Vorteile gegenüber Konkurrenten zu erreichen. Was harmlos als Entfaltung endogener Potentiale gelten könnte, setzt als

An die Stelle einer kritischen, eigene Positionen und Vorstellungen transzendierenden Funktion, die immer wieder für die Kunst postuliert wird, kann ihr affirmatives Potential zur Definition und Rechtfertigung von Ungleichheit aktualisiert werden.

Basis von Politik alle universalistischen Prinzipien, also auch das Gleichheitsprinzip, auf denen moderne Staaten in ihrer Politik basieren, außer Kraft und ersetzt diese durch ein modernisiertes Stammesdenken kultureller Identität, in dem soziale, historische oder kulturelle Unterschiede gleichsam »naturalisiert« werden, um auf diese Weise regionale Un-

gleichheiten zu legitimieren⁴. Die Heterogenitäten und Ungleichheiten, die sowohl innerhalb als auch zwischen Städten und Regionen als Folge des demographischen Wandels zunehmen werden, bedeuten demnach für Kulturpolitik, gerade weil sie zur

familienpolitischen Lösung der Probleme wenig beitragen kann, eine massive Herausforderung. Sie kann Bedeutungszuwachs um den Preis extrem konservativ-reaktionärer Funktionalisierung für Wachstum erfahren. Bewahren Kunst und Kultur dagegen ihre Bildungs-, Kritik- und Transzendierungsleistung, können sie sowohl zur Bewältigung von Heterogenität als auch zur Entwicklung sinnerfüllten Lebens – besonders im Alter nach neuen Altersbildern – unschätzbare Beiträge leisten.

Veranstaltungshinweis

XIII. Kulturpolitischer Salon Leipzig

Freitag, 30. März 2007, um 20.00 Uhr im Haus des Buches Leipzig

Geschlechterdämmerung? Zur Gleichstellung in Kunst und Kultur

Podiumsdiskussion mit Publikumsbeteiligung

eine Veranstaltung der Regionalgruppe Sachsen/Leipzig der Kulturpolitischen Gesellschaft e.V.

Es diskutieren u.a.: Prof. Dr. Susanne Binas-Preisendörfer, Musik- und Kulturwissenschaftlerin (Berlin/Oldenburger), Gisela Kallenbach, MdEP (Leipzig) und Tilo Schulz, Künstler (Leipzig). Moderation: N.N. Frauen stellen im Kunst- und Kulturbetrieb sowie in kulturwissenschaftlichen Studiengängen die Mehrheit. Trotzdem sind führende Positionen in kulturellen Institutionen, Universitäten und der Kulturpolitik weitestgehend von Männern besetzt. Gleichzeitig wird in der gesellschaftlichen Diskussion nach tragenden Vorbildern für Männer gefragt und es werden jungengerechte Bildungsangebote gefordert, wie sie für Mädchen bestehen. Wie lassen sich diese auf den ersten Blick widersprüchlichen Konsequenzen für eine zukünftige Förder- und

Gleichstellungspolitik erklären? Hat die klassische Förderpolitik unter der Hand neue Ungleichheiten produziert oder handelt es sich bei der Forderung nach jungenspezifischer Bildungsarbeit schlicht um einen konservativen »roll back«? Braucht es neue Ansätze in diesem Bereich und was verspricht hier das viel diskutierte Konzept des Gender Mainstreaming? Im Zentrum der Diskussion steht einerseits das Problem der Chancengleichheit beim Produzieren, Vermitteln und Organisieren von Kultur. Andererseits sind auch die inhaltlich unterschiedlichen Lebenszusammenhänge von Frauen und Männern zu berücksichtigen, soweit sie in der Praxis unterschiedliche Fördermaßnahmen zur Konsequenz haben bzw. haben müssten.

Der XIII. Kulturpolitische Salon diskutiert darüber hinaus den Wandel geschlechtsspezifischer Rollenmuster und stellt verschiedene förderpolitische Instrumente und die sie tragenden Konzepte zur Debatte. Der Kulturpolitische Salon der Regionalgruppe Sachsen/Leipzig der Kulturpolitischen Gesellschaft e.V. geht 2007 auf Tour. Die erste Station ist das Haus des Buches. Der Eintritt ist wie immer frei.

KULTURPOLITISCHE GESELLSCHAFT e.V.
Regionalgruppe Sachsen/Leipzig • Sprecherin: Uta Karstein • Karl-Liebknecht-Straße 88 • 04275 Leipzig • Tel. 0341-973 56 79 • mobil 0176 • 201 980 37 • karstein@kulturpolitischer-salon.de • www.kulturpolitischer-salon.de